

»Wer die Erfahrung macht, in stadtteilbezogenen Bürgerbeteiligungsverfahren informiert und qualifiziert mitwirken zu können, wird in sich auch das Potenzial erkennen, in anderen Bereichen Mitsprache einzufordern. Wer sich intensiv mit seinem Quartier auseinandergesetzt hat, wird sich dort auch sicherer bewegen und ist offener für Nachbarschaftskontakte«, so Knopp. (24)

Resümee: Mit partizipativen Ansätzen im Sozialraum – wie der beteiligten Stadtteilbegehung – lassen sich unter Einbeziehung älterer Menschen und ihrer Kompetenzen sowohl die Lebensqualität für die einzelnen Bewohner als auch für das gesamte Sozialwesen verbessern. ■

Anmerkungen

- (1) Bertelsmann Stiftung, 2008, 298.
- (2) Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2010, 6.
- (3) Vgl. Knopp u. a., 2006, 16.
- (4) Vgl. Naegele, 2011, 34 und Vgl. Statistisches Bundesamt, 2012, 8.
- (5) Vgl. Naegele, 2011, 35.
- (6) Vgl. Naegele, 2011, 35.
- (7) Vgl. Gintzel, 2008, 635.
- (8) Vgl. Schnurr, 2011, 1069.
- (9) Vgl. Gintzel, 2008, 635.
- (10) Vgl. Schnurr, 2011, 1071.
- (11) Vgl. beispielsweise Schnurr, 2011, 1069 und 1072 und Vgl. Der Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, 1990, 88.
- (12) Vgl. Schnurr, 2011, 1072.
- (13) Vgl. Gintzel, 2008, 635.
- (14) Klöster u.a., 2012, 411.
- (15) Vgl. Bergold u.a., 2010, 333 ff.
- (16) Vgl. Bergold u.a., 2010, 338.
- (17) Nähere Ausführungen hierzu in: Krisch, 2002, 87 ff.
- (18) Vgl. Knopp u. a., 2006, 18.
- (19) Vgl. Krisch, 2002, 87.
- (20) Zitiert nach Böhnisch in Krisch, 2002, 88.
- (21) Vgl. Krisch, 2002, 93.
- (22) Nähere Ausführungen hierzu in: Krisch, 2002, 137 ff.
- (23) Vgl. Krisch, 2002, 96 ff.
- (24) Knopp, 2009, 163.

Termine

Bundeskongress Allgemeiner Sozialer Dienst 2013. 4. bis 6. September 2013 in München. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. www.deutscher-verein.de

Gesprächsführung in Konfliktsituationen in Arbeitsbeziehungen, Gruppen und Teams. 4. bis 6. September 2013 in Mainz. Katholische Fachhochschule Mainz. www.kfh-mainz.de

»Zwischen Gewinnen und Verlieren« Systemische Kernkompetenzen bei unvereinbaren Erwartungen und Zwangskontexten. 9. bis 11. September 2013 in Eisenach. Evangelischer Erziehungsverband (EREV). www.erev.de

Aktuelle fachliche, fachpolitische und rechtliche Entwicklungen in der Sozialhilfe. 16. bis 18. September 2013 in Berlin. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. www.deutscher-verein.de

Praktisches Beschwerdemanagement. 18. und 19. September 2013 in Engelskirchen (Nordrhein-Westfalen). www.caritas-akademie.de

Studienreise: Sozialarbeit in New York City. 21. bis 29. September 2013. www.akademie.org

Empowerment – mit frischem Wind neue Fahrt aufnehmen! 25. bis 27. September 2013 in Berlin. AWO-Bundesakademie. www.akademie.awo.org

Sozialraumorientierung in Sozialen Diensten der Jugendhilfe. 25. bis 27. September 2013 in Berlin. Lüttringhaus, Institut für Sozialraumorientierung, Quartier- und Case Management (DGCC) Essen. www.luettringhaus.info

Führen und Leiten für Einsteiger. Rollen und Aufgaben der Führungskraft, Mitarbeitergespräche als Führungsinstrument, Grundhaltungen und Menschenbild, praktische Übungen und Reflexion der eigenen beruflichen Praxis. 26. September 2013 in Stuttgart. www.wohlfahrtswerk.de

Systemisches Denken und Handeln im Allgemeinen Sozialen Dienst. 7. und 8. Oktober 2013 in Münster. www.fh-muenster.de

Ressourcen und Resilienz bei Menschen in Armut und Wohnungsnot fördern. 9. bis 11. Oktober 2013 in Berlin. Führungsakademie für Kirche und Diakonie gemeinnützige AG. www.fakd-dm.de

Typische Probleme bei der Führung und Abwicklung einer rechtlichen Betreuung. Seminar für Fachkräfte bei Betreuungsbehörden und Betreuungsvereinen, Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer. 21. Oktober 2013 in Herrenberg-Gültstein (Baden-Württemberg). www.kvjs.de

Gekonnt kontern. Selbstsicher Gespräche führen. 28. und 29. Oktober 2013 in Berlin. Kommunales Bildungswerk e. V. www.kbw.de

Krisenfest und rentabel: Investition in Bildung Persönlichkeitsbildung lohnt sich wieder, Seminar für Fachkräfte der pädagogischen und Sozialen Arbeit. 30. und 31. Oktober 2013 in Berlin. www.akademie.org

Einführung in systemisches Arbeiten mit Eltern, Jugendlichen und Kindern in der Jugendhilfe. 4. bis 6. November 2013 am Timmendorfer Strand. www.erev.de

Vernetzte Lebenswelten. 12. Praxistage der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie der Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie e. V. 9. und 10. November 2013 in Stuttgart. www.dgvt-fortbildung.de

Erfolgreiche Pressearbeit. 12. November 2013 in München. Institut für Beratung und Projektentwicklung e. V. www.ibpro.de

Verändern durch Verstehen – klientenzentrierte Gesprächsführung. 21. und 22. November 2013 in Berlin. Paritätische Akademie. www.akademie.org

Kennzahlensysteme und Controlling im sozialen Bereich. 28. und 29. November 2013 in Frankfurt am Main. Fort- und Weiterbildungsinstitut der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt am Main e. V. www.awo-frankfurt.de/awo/Bildung/FWIA

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

Mehrheit für Richtungswechsel

Eine »geradezu überwältigende Zustimmung für einen Richtungswechsel in der Steuer- und Ausgabenpolitik« stellt eine Studie im Auftrag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes fest. Nach der repräsentativen Erhebung von TNS Infratest Politikforschung sprachen sich mehr als die Hälfte der Befragten für mehr Investitionen in den Sozialbereich und sogar über drei Viertel für mehr Investitionen in Bildung aus. Ein ebenso klares Bild zeigt die Studie zur Steuerpolitik. 77 Prozent wollten eine höhere Besteuerung großer Vermögen und hoher Einkommen. Eine Mehrheit der Befragten von 73 Prozent sieht den sozialen Frieden in Deutschland durch die Kluft zwischen Arm und Reich gefährdet. Die 16-seitige Studie »Gerechtigkeit in Deutschland: Einstellungen der Bevölkerung zu Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und Steuerpolitik« steht im Internet frei zugänglich zur Verfügung.

www.paritaet.org

»Laufzeitbegrenzungen« für Sondereinrichtungen

Der Paritätische Wohlfahrtsverband in Hessen hat ein neues Diskussionspapier zur Inklusion veröffentlicht. Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert einen inklusiven Arbeitsmarkt, der für alle Menschen offen und zugänglich ist. Exklusive Sondereinrichtungen wie Werkstätten für Menschen mit Behinderungen werden vor diesem Hintergrund zunehmend auf den Prüfstand gestellt. In dem Diskussionspapier kommen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Sozialwirtschaft ebenso zu Wort wie aus Einrichtungen der Behindertenhilfe und Betroffenen-Vertretungen. In diesem Spektrum widersprechen sich die Positionen zum Teil scharf: Sie reichen von der Forderung, Werkstätten für Menschen mit Behinderungen als »eine der großen und wichtigen sozialpolitischen Errungenschaften

der Nachkriegszeit« zu würdigen und weiterzuentwickeln bis zu der Ansicht, dass über eine »Laufzeitbegrenzung« für solche Sondereinrichtungen nachgedacht werden müsse. Aus Sicht des Paritätischen Hessen müssen für Menschen mit Behinderungen verstärkt Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden. Er fordert Hindernisse, die den gleichberechtigten Zugang verhindern oder erschweren, zügig abzubauen. Auf dem Weg zum inklusiven Arbeitsmarkt leisten erste Ansätze wie zum Beispiel Integrationsfirmen einen wichtigen Beitrag. Das 25-seitige Diskussionspapier »Teilhabe am Arbeitsleben« ist im Rahmen des Schwerpunktthemas Inklusion entstanden, das sich der Verband für dieses Jahr gesetzt hat. Das Diskussionspapier steht als barrierefreie PDF-Datei zum Herunterladen zur Verfügung.

www.paritaet-hessen.org

Paritätischer fordert Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit

Scharfe Kritik übt der Paritätische Wohlfahrtsverband an der ablehnenden Haltung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zur doppelten Staatsangehörigkeit anlässlich des Integrationsgipfels Ende Mai 2013. Der Verband fordert die Partei auf, Abstand zu nehmen von dem umstrittenen Optionsmodell, das in Deutschland geborene Kinder von Ausländern zwingt, sich mit Vollendung des 23. Lebensjahres für eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Wenn man ganz bewusst in Kauf nehme, dass junge Menschen seelischen Nöten und familiären Konflikten ausgesetzt würden, sei das einfach nur ignorant und das Gegenteil von Willkommenskultur, so Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Der Integrationsgipfel dürfe auf keinen Fall den Eindruck erwecken, dass es deutschen Politikern wie zu Gastarbeiterzeiten ausschließ-

lich um Arbeitskräfte und nicht um die Menschen gehe. Die Union habe immer noch nicht verinnerlicht, dass wir nicht nur Fachkräfte suchten, sondern neue Mitbürgerinnen und Mitbürger brauchten. Im Zweifelsfall hieße das auch, die doppelte Staatsangehörigkeit zu akzeptieren. Unter dem Dach des Paritätischen Gesamtverbandes engagieren sich über 500 Organisationen für eine nachhaltige Integrationspolitik und eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten.

www.der-paritaetische.de

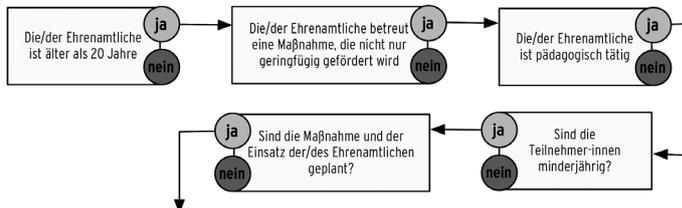
Forschungsprojekt soll Demenz früher erkennen helfen

Das Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg hat zusammen mit Kooperationspartnern »NeuroCare« gestartet. Das Vorhaben ist ein neues Verbundprojekt zum technikerunterstützten Leben im Alter und wird unterstützt vom Ministerium für Bildung und Forschung. Wichtigstes Ziel ist es, Demenz durch den Einsatz neuer Technologien frühzeitig zu erkennen und den Krankheitsverlauf durch computergestütztes Gedächtnistraining hinauszuzögern. Eine beginnende Demenz zu erkennen, ist nicht einfach. Besonders Angehörige tun sich häufig schwer, da sie sich mit dem Krankheitsbild nicht auskennen und manche Verhaltensweisen zunächst falsch interpretieren. Gleichzeitig belegen wissenschaftliche Erkenntnisse, dass bei Demenz gerade im frühen Stadium kognitives Training sehr sinnvoll ist. Das Projekt NeuroCare setzt hier an: Über Ärzte, die in Kontakt mit Betroffenen stehen und über eine spezielle Website (NeuroCare Portal), sollen betroffene Familien angesprochen werden. Über das Webportal können Angehörige auf einen – in der Grundversion kostenfreien – Test zugreifen, der kognitive Veränderungen erkennen hilft und gegebenenfalls die Diagnose durch einen Facharzt empfiehlt. Für diesen NeuroCare Assistenten soll im Projektrahmen eine EDV-

Wann muss ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis eingesehen werden?

! Generell ist immer auch die Persönlichkeit der/des Ehrenamtlichen zu berücksichtigen, so dass im Einzelfall ein strengeres Auslegen der Kriterien notwendig sein kann!

Allgemeine Voraussetzungen

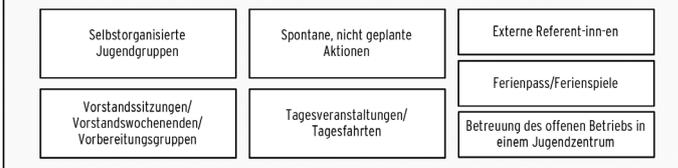


Übernimmt die/der Ehrenamtliche eine der folgenden Aufgaben?



Einsichtnahme in das erweiterte polizeiliche Führungszeugnis notwendig

Die Einsichtnahme in das Führungszeugnis ist nicht notwendig, wenn eine der Fragen mit **nein** beantwortet werden kann. Außerdem erfüllen folgende Tätigkeiten nicht die Voraussetzungen, die eine Einsichtnahme rechtfertigen:



! In der Altersgruppe der unter 21jährigen sollten die Träger der Jugendarbeit stattdessen Selbstverpflichtungserklärungen mit Ehrenamtlichen schließen.

Erstellt unter CC-Lizenz-by-sa von Landesjugendring Niedersachsen e.V. Björn Bertram | www.ljr.de Stand: 02.01.2013

Vor drei Jahren wurde gesetzlich ein »erweitertes Führungszeugnis« eingeführt, das über Personen erteilt werden kann, die beruflich, ehrenamtlich oder in sonstiger Weise kinder- oder jugendnah tätig sind oder tätig werden sollen. Das erweiterte Führungszeugnis enthält gegenüber dem normalen Führungszeugnis zusätzlich Verurteilungen wegen Sexualdelikten, die für die Aufnahme in das normale Führungszeugnis zu geringfügig sind. Um der immer noch bestehenden Unsicherheit zu begegnen, von wem Organisationen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe dieses erweiterte Führungszeugnisse verlangen müssen, hat der Landesjugendring Niedersachsen ein Entscheidungsdiagramm veröffentlicht. Danach können Verantwortliche feststellen, von welchen haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden ein solches Dokument verlangt werden muss. Die Website des Landesjugendrings Niedersachsen enthält zudem weitere hilfreiche Hinweise zu dieser Frage.
www.ljr.de

Aufenthalts- und Asylverfahrensrecht: Keine Verbesserung für Jugendliche

Der Bundestag hat in seiner Sitzung vom 16. Mai 2013 den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Situation Minderjähriger im Aufenthalts- und Asylverfahrensrecht (Bundestags-Drucksache 17/9187) auf Empfehlung des Innenausschusses (17/13315) abgelehnt. Damit wird die aufenthalts- und asylrechtliche Verfahrensfähigkeit nicht von 16 auf 18 Jahre angehoben. Die Pflicht der 16- und 17-Jährigen, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, entfällt ebenfalls nicht. Auch die Bestellung eines Ergänzungspflegers in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Angelegenheiten wird nicht gesetzlich verankert.
www.bundestag.de

Änderung des Prozesskostenhilfe- und Beratungshilfegesetzes

Der Bundestag hat das Gesetz zur Änderung des Prozesskostenhilfe- und Beratungshilfegesetzes entsprechend der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses (Bundestags-Drucksache 17/13538) beschlossen. Anders als noch im ursprünglichen Gesetzesentwurf vorgesehen, werden die Freibeträge für Erwerbstätige und für Ehe- oder Lebenspartner nicht gesenkt. Allerdings werden die Antragsteller stärker als bisher an der Finanzierung der Prozesskosten beteiligt. Nach Abzug der Freibeträge und aller Verbindlichkeiten muss der Antragssteller die Hälfte des verbleibenden Betrages als monatliche Rate zahlen. Bisher musste er nur 30 bis 40 Prozent des verbleibenden Betrages einsetzen. Die Ratenzahlungshöchstdauer verbleibt bei 48 Monaten. Des Weiteren soll das Gericht die Rate anpassen, wenn sich das Einkommen wesentlich verändert. Verbessert sich die wirtschaftliche Situation des Antragstellers, muss er dies dem Gericht anzeigen. Beratungshilfe kann zukünftig in allen rechtlichen, einschließlich der steuerrechtlichen Angelegenheiten gewährt werden. Ausgeschlossen ist Beratungshilfe allerdings in den Fällen, in denen die Inanspruchnahme mutwillig wäre. Das Gesetz soll am 1. Januar 2014 in Kraft treten.
www.bundestag.de

Version praxisbewährter Screening-Instrumente entwickelt werden, wie sie zum Beispiel in Gedächtnisambulanzen zum Einsatz kommen. Mit dem NeuroCare Trainer kann auf einem Tablet-PC das Gedächtnis gezielt trainiert werden. Gleichzeitig lassen sich mit der Software Veränderungen der kognitiven Kompetenz beobachten. Ein Vorteil des Tablets:

Anstatt in den Räumen einer Praxis oder einer Klinik kann das Training in den eigenen vier Wänden stattfinden und dennoch können dem Arzt verlässliche Daten zur Verfügung gestellt werden. Weitere Informationen bietet eine im Aufbau befindende Website des Projekts (www.neurocareaal.de).
www.wohlfahrtswerk.de

Münder-Gutachten verfügbar

Junge Menschen unter 25 Jahren, die arbeitslos oder arbeitssuchend sind und die zugleich erhebliche schulische und persönliche Defizite aufweisen, haben häufig einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB VIII und nach dem SGB II. Die Leistungsträger nach dem SGB VIII, aber auch die Leistungsträger nach dem SGB II erbringen die Leistungen regelmäßig durch Dritte, indem sie den Dritten für seine Leistungserbringung bezahlen. In diesen Fällen stellt sich die Frage, wie die Finanzierung dieser Leistungserbringung erfolgen soll. Zur Klärung dieser Frage haben der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin und der Fachverband Evangelische Jugendhilfen im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz ein Rechtsgutachten bei Prof. Dr. Johannes Münder in Auftrag gegeben. Das Rechtsgutachten stellt zunächst die Finanzierungsmöglichkeiten im SGB VIII und im SGB II dar. Anschließend zeigt das Gutachten Möglichkeiten auf, wie Beschaffung und Finanzierung bei gemeinsamen Leistungen aus dem Rechtskreis des SGB VIII und des SGB II erfolgen können. Das Gutachten kann von der Website des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin heruntergeladen werden.

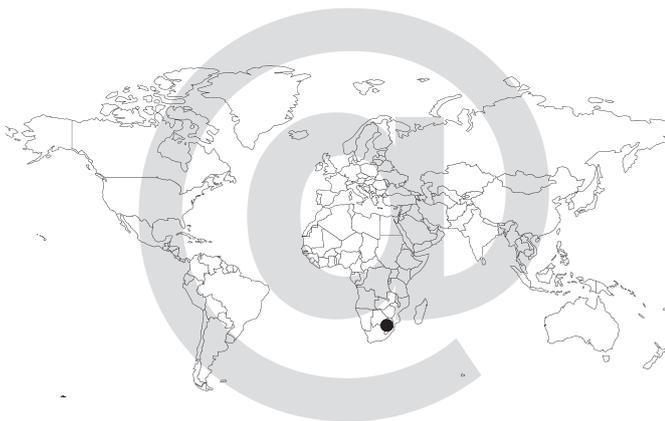
Jobcenter muss Telefonliste der Sachbearbeiter herausgeben

Die 5. Kammer des Verwaltungsgerichts Leipzig hat der Klage einer mit Sozialanlässen befassten Anwaltskanzlei auf Zugang zur Diensttelefonliste mit den Durchwahlnummern der mit Bürgerkontakt tätigen Mitarbeiter des Jobcenters Leipzig stattgegeben. Das Informationsfreiheitsgesetz sehe einen umfassenden Informationsanspruch von Bürgern zu amtlichen Informationen vor, soweit dagegen nicht Sicherheits- oder Datenschutzgründe sprechen. Nach Ansicht der Leipziger Richter sprachen weder Sicherheits- noch Datenschutzgründe dagegen, die Diensttelefonnummern der Bearbeiter einer Behörde weiterzugeben. Die innere Organisation des Jobcenters allein sei kein Kriterium, das dem Informationsanspruch des Bürgers entgegengehalten werden könne. Das Jobcenter Leipzig ist telefonisch für die Bürger nur über eine zentrale Servicenummer erreichbar. Den Antrag der Anwaltskanzlei auf Zugang zur Diensttelefonliste mit den Durchwahlnummern hatte das Jobcenter abgelehnt. Nach erfolglosem Widerspruchsverfahren war die Klage nun erfolgreich.
Az. 5 K 981/11

Standardisierter Austausch von Personendaten

In vielen Einrichtungen der Sozialwirtschaft werden für verschiedene Hilfeformen wie stationäre und ambulante Pflege, Jugendhilfe, Werkstätten oder Beratungsstellen Software-Lösungen unterschiedlicher Hersteller genutzt. Auch innerhalb einer Hilfeform sind die Programme für Abrechnung, Dokumentation oder Dienstplanung nicht immer aus einer Hand. Am Ende der Kette steht Rechnungs- und Personalwesen-Software, die ebenfalls Daten von Klienten und Mitarbeitern benötigt. Als Alternative zu hoch spezialisierter Fachsoftware bietet der Markt auch integrierte Lösungen. Doch nicht immer möchte man die hoch spezialisierten Programme gegen ein integriertes Programm tauschen, teils sind dabei finanzielle Gründe, teils Akzeptanzfragen auf Anwenderseite im Spiel. Die Folge sind zahlreiche Mehrfach-Erfassungen, etwa wenn ein Klient die Betreuungsform innerhalb der Einrichtung wechselt oder wenn Statistiken zu erstellen sind. Denn zwischen den Programmen der konkurrierenden Hersteller existieren oft keine standardisierten Schnittstellen, eine individu-

E-Mail aus Pretoria



Getrennte Welten

»Die Apartheid ist vorbei, aber der Sexismus geht weiter.« So formulierte ein südafrikanischer Bekannter die Tatsache, dass die Frauen an einem Ende des Tisches saßen und die Männer am andern. Wesentlich relevanter ist die Trennung der südafrikanischen Gesellschaft durch das Einkommen. Meine Haushaltshilfe Joana braucht schon normalerweise zwei bis drei Stunden, um zu mir zur Arbeit zu kommen. Ein Resultat der Siedlungspolitik der Apartheid-Regierung, die Schwarze in »Townships« oder »Homelands« außerhalb des Stadtzentrums ansiedelte. Der Transport

mit dem Bus kostet sie pro Woche so viel wie ein Tageslohn. Jetzt streiken die Busfahrer für eine 18,5%ige Lohnerhöhung, um so viel Prozent wurden die Fahrscheine schon erhöht wegen gestiegener Benzinkosten. Joana bezahlte also schon mehr für den Transport, ohne selbst eine Erhöhung bekommen zu haben, und damit ist sie nicht allein, denn die im Haushalt beschäftigten Südafrikaner, die Mehrheit der im Bus sitzenden Passagiere, kann von Lohnerhöhungen nur träumen. Wenn sie nicht zur Arbeit kommen, haben sie auch keinen Verdienst. Nun hat sie wie tausend andere seit Tagen das Problem, dass sie kaum eine Alternative hat, um an ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Sie kann die Minibusse nehmen, die durch die aktuelle Situation restlos überfüllt und rar sind. Umgerechnet 14 Euro muss sie für eine Hin- und Rückfahrt bezahlen. Preise, höher als eine Tageskarte in Berlin. Heute machte sie sich um zwei Uhr morgens auf den Weg, um ein Taxi nach Pretoria zu bekommen. Die Stadt ist voller Menschenschlangen, die auf Transport warten. Die Busfahrer verdienen in dieser Zeit ebenfalls nichts. Eine Lohnerhöhung im zweistelligen Bereich ist unrealistisch. Anscheinend streiken nur wenige Mitarbeiter. Die anderen trauen sich nicht, zur Arbeit zu kommen, da sie befürchten, von den aufgebrachten Kollegen belästigt und verletzt zu werden. Ziemlich komplex das Ganze. Da scheint mir mein Problem, nun selbst putzen zu müssen, ziemlich unbedeutend.

Ulrike Hummel-Beck

Ulrike Hummel-Beck lebt mit ihrer Familie in Südafrika. Sie unterrichtet Deutsch an verschiedenen Institutionen.

elle Programmierung und dauerhafte Pflege ist kostenintensiv. Der Nutzwert von Branchensoftware schmälert sich dadurch stark. Deshalb hat sich der Fachverband FINSOZ mit einer neuen Arbeitsgruppe »Interoperabilität Personendaten« aufgemacht, für eine Standardisierung und damit einfache Austauschmöglichkeiten im Bereich der Personendaten zu sorgen. Im ersten Schritt soll auf Basis des im medizinischen Sektor erprobten Standards HL7 ein einfacher Patientendatensatz beschrieben und eine Zertifizierung für Softwarelösungen angeboten werden. Im zweiten Schritt soll diese Definition auf verschiedene Rollen einer Person ausgeweitet werden. Die Beschreibung der Prozesse für den Datenaustausch und die Erstellung einer »Social Document Architecture« werden weitere Ausbaustufen sein. Im gemeinnützigen Fachverband FINSOZ e.V. sind Anwender und Anbieter von IT im sozialen Sektor sowie Wissenschaftler und Berater zusammengeschlossen. Er hat es sich zum Ziel gesetzt, den Wertbeitrag der Informationstechnologie in der Sozialwirtschaft zu steigern.

www.finsoz.de

www.paritaet-berlin.de/verband/informationen/aktuelles-detailansicht/article/finanzierungsmoeglichkeiten-von-leistungen-nach-sgb-viii-und-sgb-ii-sgb-iii-fuer-junge-menschen-bi.html

Krankschreibungen wegen psychischer Erkrankungen nehmen weiter zu

Im vergangenen Jahr waren die rund 347.000 bei der Techniker Krankenkasse (TK) versicherten Beschäftigten im Land pro Kopf durchschnittlich 14 Tage krankgeschrieben. Das sind 1,4 Tage mehr als im Jahr davor. Insgesamt ist der Krankenstand in Hessen nur geringfügig um 1,9 Prozent gestiegen und liegt jetzt bei 3,83 Prozent. Bei den psychisch bedingten Arbeitsunfähigkeiten ist der Anstieg mit 7,9 Prozent jedoch deutlich höher als in allen anderen Diagnosekapiteln. Diese Zahlen gehen aus dem aktuellen Gesundheitsreport der TK in Hessen hervor. Demnach haben die Beschäftigten in Hessen im vergangenen Jahr wegen psychischer Erkrankungen im Durchschnitt 2,2 Tage gefehlt, im Jahr davor waren es noch 1,8 Tage.

www.newsroom.tk.de

Kennzahlen

»Man hat behauptet, die Welt werde durch Zahlen regiert; das aber weiß ich, dass Zahlen uns belehren, ob sie gut oder schlecht regiert werde.«

Johann Wolfgang von Goethe, deutscher Dichter (1749—1832)

1.081.000

Zahl der Personen, die im Jahre 2012 nach Deutschland zugezogen sind

712.000

Zahl der Personen, die im Jahre 2012 aus Deutschland fortgezogen sind

42.927.647

Zahl der in Deutschland zugelassenen Personenkraftwagen

(Stand: 1. Januar 2012)

57.949

Zahl der Ein-Euro-Kräfte, die in Deutschland im Jahre 2012 in den bei der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege gemeldeten Unternehmen beschäftigt waren

40.309

Zahl sozialer Organisationen in Deutschland, die als »Unternehmen« im Jahre 2012 bei der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege gemeldet waren

11.426

»Schwellenwert« in Euro pro Jahr der Europäischen Union für Armutsgefährdung bei einem Alleinlebenden in Deutschland

548.100

Zahl der im Jahre 2012 in Deutschland abgeschlossenen Ausbildungsverträge